

**Die Wiederherstellung der alten Besitz- und Machtverhältnisse
in den drei Westzonen Deutschlands (1945 – 1947)**

**Serie D:
Politische Probleme
unserer Zeit**

1



MARXISTISCHE LEHRBRIEFE

Inhalt

Die Wiederherstellung der alten Besitz- und Machtverhältnisse in den drei Westzonen Deutschlands (1945 — 1947)

	Seite
1945: Deutschland steht am Scheideweg	1
Was wollten damals die Deutschen in Ost und West?	4
Was hat es mit dem Potsdamer Abkommen auf sich?	7
Wallstreet schaltet sich ein	8
Wie die Prozesse gegen Konzernherren verhindert wurden	9
Wie sie wieder nach oben kamen	11
Die Wurzel allen Übels: Die Zwietracht in der Arbeiterbewegung	15
Der Schlußabschnitt der Restauration	18
Anhang	19

Preis DM 1,-

Verleger: Verlag Marxistische Blätter GmbH., Frankfurt/M., verantwortlich für den Inhalt: Marianne Roth, Herausgeber-Kreis: Albert Berg, Willi Gerns, Fritz Krause, Herbert Lederer, Karl Otto, Max Schäfer, Robert Steigerwald, Karl Stiffel. Redaktion: Max Schäfer, Fritz Krause.

Anschrift: Redaktion, Verlag, Vertrieb, Anzeigen: Marxistische Blätter, 6 Frankfurt am Main 1, Meisengasse 11/II, Telefon: (0611) 28 04 12

Druck: HOSCH GmbH., Frankfurt a. M., Hedderheimer Landstr. 78a

Die Wiederherstellung der alten Besitz- und Machtverhältnisse in den drei Westzonen Deutschlands (1945 – 1947)

1945: Deutschland steht am Scheideweg

„Auf Einladung des Angeklagten Göring kamen ungefähr fünfundzwanzig der führenden Industriellen Deutschlands 1) sowie der Angeklagte Schacht am 20. Februar 1933 zu einer Sitzung in Berlin zusammen. . . . In dieser Sitzung verkündete Hitler die Absicht der Verschwörer, die totalitäre Kontrolle über Deutschland an sich zu reißen 2), das parlamentarische System zu zerstören, jede Opposition mit Gewalt zu unterdrücken und die Stärke der Wehrmacht wiederherzustellen.“

(Aus den Akten des Nürnberger Prozesses, Ausgabe Nürnberg 1947, Verh. v. 23.11.45, S. 253)

Die deutschen Großindustriellen kannten Hitlers antidemokratisches und militärisches Programm. Sie billigten und finanzierten es. Thyssen hat darüber unter dem Titel „I paid Hitler“ („Ich finanzierte Hitler“) ein Buch geschrieben. Das Vorstandsmitglied der IG-Farben, Georg v. Schnitzler, schrieb über die obengenannte Besprechung der Nazigrößen mit den Spitzen des Großkapitals und der Hochfinanz: „Krupp von Bohlen dankte Hitler für die Rede Dr. Schacht schlug vor, einen Wahlfonds . . . zu schaffen . . .“ (ebenda).

Das waren nach dem Krieg allgemein bekannte Tatsachen. Darum verstand damals auch die Masse des Volkes, daß die Alliierten Kriegsverbrecherlisten aufstellten und auf diese die Namen der deutschen Konzernherren setzten. Der amerikanische Kongreß nannte dabei u.a. Flick, Henkel, Hugenberg, Klöckner, Reemtsma, Röchling, Siemens, Stinnes, Pferdenges, Pleiger, Pönsgen, Quandt, Thyssen, Voegler, Zangen. Das amerikanische Justizministerium nannte Abs einen „der acht Finanz- und Industriegewaltigen, die den stärksten Einfluß auf den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft“ (für den zweiten Weltkrieg) „und auf die Orientierung der Hitlerpolitik nach Totalitarismus ausgeübt haben.“ Und über Flick sagten hohe US-Beamte, er sei „die wahrscheinlich stärkste Einzelmacht hinter Hitlers Kriegsmaschine – noch stärker als Gustav Krupp von Bohlen und Halbach.“ (George S. Wheeler, „Die amerikanische Politik in Deutschland“, S. 130)

Selbstverständlich gingen auch die Arbeiterparteien von diesen Erkenntnissen aus. Der erste sozialdemokratische Parteitag von Hannover (1946) stellte fest:

„Das Zeitalter des Imperialismus wurde von den Sozialisten stets als ein besonderes historisches Stadium des Kapitalismus bezeichnet. Die gesamte Wirtschaft nahm monopolistisch-parasitäre Formen an. An die Stelle des freien Unternehmers, als der beherrschenden Gestalt der freien Wirtschaft, traten Kartelle, Syndikate und Trusts. Die Wirtschaftslage der großen Staaten wurde von einigen Großbanken beherrscht, und

mächtige internationale Kartelle begannen mit der Neuaufteilung der Welt... Die Besitzergreifung der Rohstoffquellen durch das Finanzkapital führte zu wirtschaftlichen Kämpfen, die jeden Augenblick ins Politische umschlagen konnten." (Parteitageprotokoll, S. 57)

Sie schlugen tatsächlich ins Politische um, und zwar in Form von furchtbaren Weltkriegen, denen die Vorbereitung des Hinterlandes vorausgegangen war: Die Ausschaltung des Widerstandes demokratischer und friedliebender Menschen durch die sogenannte Burgfriedenspolitik im I. Weltkrieg und die Ausschaltung der Gewerkschaften und Arbeiterparteien durch eine terroristische, faschistische Innenpolitik in der Vorbereitung des zweiten Weltkrieges.

Darum – folgte der SPD-Parteitag damals mit Recht – ist der Imperialismus schuld an der Zerstörung der Demokratie im Inneren des Landes und an den fürchterlichen Angriffskriegen mit all ihren Kriegsverbrechen.

Das war Gemeingut der Arbeiterbewegung. Die KPD nahm in ihrer Erklärung vom 11. Juni 1945 so Stellung:

„Die Schuld und Verantwortung tragen die gewissenlosen Abenteurer und Verbrecher... Es sind die Hitler und Göring, Himmler und Goebbels, die aktiven Anhänger und Helfer der Nazipartei, die Herren der Großbanken und Konzerne, die Krupp und Röchling, Poensgen und Siemens.“

Dies stimmt bis in die Einzelheiten überein mit der offiziellen amerikanischen Erklärung:

„... es wäre völlig falsch, das Dritte Reich als die Tyrannei Hitlers und seiner mächtigen Parteipaladine allein hinzustellen. Eine Diktatur ist erfolgreich..., weil mächtige Gruppen sie unterstützen...“

Krupp, Flick, Thyssen und ein paar andere beherrschten die industrielle Gruppe, Beck, von Fritsch, Rundstedt und andere Militärs die Militärclique. Gestützt auf diese Gruppen schritt Hitler zur Macht und von der Macht zur Eroberung.

Eine Duldung derartiger gemeiner und verruchter Verbrechen würde die menschliche Selbstachtung zerstören, ihre Wiederholung die Menschheit selbst vernichten." (Wheeler, ebenda, S. 136)

Unser Volk hat in diesem Krieg schreckliche Opfer an Gut und Blut bringen müssen, nachdem es vorher im Interesse der Kriegsvorbereitung bereits seine politische Freiheit verloren hatte. Aber das Großkapital und die Großbankiers verdienten an diesem Krieg Milliardensummen. Sie verdienten an jedem Schuß, der abgegeben wurde, an jeder Waffe. Sie plünderten die Reichtümer fremder Völker und beuteten Millionen von Zwangsarbeitern aus.



Ein amerikanischer Plan zur Zerstückelung Deutschlands, der von der Sowjetunion zurückgewiesen wurde. Die deutschen Ostgrenzen sollten nach den damaligen amerikanischen Vorstellungen dort verlaufen, wo sie heute verlaufen – an der Oder und Neiße.

Das Kriegsende, die Niederlage des Hitlerfaschismus, war also auch für das deutsche Volk eine **Befreiung vom Faschismus**. Für unser Volk gab es die Chance auf ein Leben in Frieden und Freiheit, sofern es die Lehren aus der jüngsten deutschen Geschichte zog.

Deutschland stand am Scheidewege. Nach zwei Weltkriegen, die das deutsche Großkapital verursacht, mit denen es unser Volk in schreckliche Katastrophen gestürzt hatte, mußten die Schuldigen einer solchen furchtbaren Politik bestraft, mußten ihnen die Möglichkeiten entzogen werden, das alte „Spiel“ fortzusetzen. Praktisch bedeutete das, daß das Volk sich nicht mehr länger durch die **Krupp, Flick, Abs, Thyssen** usw. führen lassen durfte, sondern sein Geschick in die eigenen Hände nehmen mußte. Nur so war ein echter Neubeginn im Geiste des Friedens und wahrer Volksfreiheit möglich.

Was wollten damals die Deutschen in Ost und West?

Lassen wir die Dokumente sprechen!

Kurt Schumacher erklärte im Sommer 1945:

„Das Monopolkapital hat Hitler zur Macht verholfen, und in seinem Auftrag hat er den großen Raubkrieg gegen Europa vorbereitet und geführt . . . Der Großbesitz hat damit . . . seine Unfähigkeit bewiesen, Deutschland zu regieren.“

Deshalb sagte Schumacher, sei die „Verstaatlichung der Großindustrie, der Großfinanz“ und die Aufgliederung des Großgrundbesitzes notwendig. („Turmwächter der Demokratie“, Bd. 2, Berlin 1953, S. 37 ff)

Diese Forderungen fanden auch in das **Aktionsprogramm** Aufnahme, das vom **Parteitag der westdeutschen SPD**, der vom 9. bis 11. Mai 1946 in Hannover stattfand, verabschiedet wurde.

Eine **zentrale Gewerkschaftskonferenz der britischen Zone**, die vom 21. bis 23. August 1946 in Bielefeld tagte, nahm gegen nur zwei Stimmen eine „**Entschließung zur Beseitigung der Monopole**“ an, in der eine Verstaatlichung der Kartelle, Trusts und Konzerne bei „gleichzeitigem Aufbau einer staatlichen Planung“ unter Mitbestimmung der Gewerkschaften gefordert wurde. Gleiche Forderungen wurden auch auf den Gewerkschaftskonferenzen der Länder der amerikanischen und französischen Zone erhoben.

Die **KPD** hatte in ihrer Erklärung vom 11. Juni 1945 gefordert, die für Faschismus und Krieg verantwortlichen Kräfte des Großkapitals und der Hochfinanz wirtschaftlich zu entmachten, um ihnen so auch die Möglichkeit politischer Machtausübung zu entziehen.

Angeichts der Volksstimmung forderte damals sogar die **CDU** – wenn

auch aus demagogischen Gründen 3) – in ihrem Ahlener Programm vom 3.2.1947 die Auflösung der Konzerne, da sie den „furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik“ verschuldet hätten.

Bei einer solchen Übereinstimmung war es völlig klar, daß die Bevölkerung in **Hessen**, gegen amerikanischen Willen, noch 1947 in einer **Volksabstimmung** mit über 71 % die Auflösung der Monopolbetriebe in den Schlüsselindustrien verlangte.

Das wollten die „einen“ Deutschen, die unteren Millionen. Und was erstrebten die „anderen“ Deutschen, die oberen Zehntausend des Großkapitals, der Hochfinanz, der Großgrundbesitzer und der Generalität? Ihnen war es klar, daß der Kriegausgang das Gewicht des Sozialismus in der Welt vermehrt hatte. Sie spürten handgreiflich, daß ihr militärischer, polizeilicher und juristischer, ihr bürokratischer und auch meinungsbildender Apparat zerstört war. Sie sahen sich durch ihre Schuld für Faschismus und Krieg isoliert und gehaßt. Sie mußten untertauchen oder befanden sich sogar in Haft. In einem Teil Deutschlands stand eine antikapitalistische Besatzungsmacht. Kurzum: Die Lage der deutschen Reaktionäre war recht verzweifelt.

Aber diese Kräfte waren nicht bereit abzutreten und die Geschicke unseres Landes in die Hände des Volkes übergehen zu lassen. Sie unternahmen im Gegenteil alles, um ihre bedrohte Macht zu retten und wiederherzustellen. Angesichts des Volkswillens war das nur möglich, wenn es ihnen einerseits gelang, unter die Fittiche der „westlichen“ Besatzungsmächte zu kriechen und, andererseits, die Volkskräfte durch **Spaltung** ihres eigentlichen Zentrums, der **Arbeiterbewegung**, zu schwächen. Für beide Ziele war der **Antikommunismus**, jetzt demokratisch herausgeputzt, das beste Mittel.

Mit dem Schüren dieser Gegensätze konnte sich dann die Möglichkeit ergeben, Deutschland so zu teilen, daß im Westen Maßnahmen gegen die Schuldigen für Krieg und Faschismus unterbunden werden konnten. **Adenauer** hatte das schon damals so geschrieben:

„Damit ist die Trennung in Osteuropa, das russische Gebiet, und Westeuropa eine Tatsache . . . Der nicht von Rußland besetzte Teil Deutschlands ist ein integrierender Teil Westeuropas . . . Es liegt im eigensten Interesse nicht nur des nicht von Rußland besetzten Teils Deutschlands, sondern auch von England und Frankreich . . .,den nicht russisch besetzten Teil Deutschlands politisch und wirtschaftlich zu beruhigen . . .“
(Aus „Konrad Adenauer: Erinnerungen 1945 – 1953“, Stuttgart 1965, Brief vom 31.10.1945 an Weitz)

Wenige Tage vorher, am 5. Oktober, hatte er in einem AP-Interview gesagt: „Am besten wäre es, wenn man aus den drei Westzonen sofort eine Bundesrepublik bilden könnte.“

Die Volkskräfte hatten aber gute Aussichten, sich gegen das Großkapital durchzusetzen, wenn sie die geschichtlichen Lehren beachteten.



Churchill (Großbritannien), Roosevelt (USA) und Stalin (UdSSR)
während der Krim-Konferenz im Februar 1945

„Ohne Zweifel ist der Hauptträger der deutschen Zukunft die Arbeiterklasse. Auf ihren Schultern lag die Hauptlast des Krieges. In ihr lebte der Wille nach der antifaschistischen Demokratie am brennendsten. Aus ihrer gesammelten Kraft und mit der Unterstützung der Arbeiter aller Länder muß und wird sie in einem einheitlichen Deutschland neu entstehen.

Die blutige Lehre der 12-jährigen Hitlerdiktatur im Innern, des Hitlerkrieges nach außen und seiner großen sozialen Umwälzungen heißt für alle schaffenden Männer und Frauen eindeutig: ‚Einigkeit – Einheit! Und nie wieder Spaltung und Bruderkampf!‘ ”

Dies erklärten die SPD und die KPD Hamburgs gemeinsam.

Was hat es mit dem Potsdamer Abkommen auf sich?

Im Osten Deutschlands verloren bekanntlich die für Faschismus und Krieg verantwortlichen Konzernherren, Großbankiers und Großgrundbesitzer ihre wirtschaftliche und damit ihre politische Macht. Hier förderte die sozialistische Besatzungsmacht die von den deutschen demokratischen Kräften geforderten antifaschistischen Forderungen. Dies entsprach auch den Festlegungen, die von den Besatzungsmächten im August 1945 im Potsdamer Abkommen getroffen worden waren.

Heute stellen die Sprecher des Großkapitals, ihre Zeitungsmanager und Politiker, dieses Abkommen als ein Diktat gegen Deutschland hin. Mit welchem Recht? Etwa darum, weil es im Abkommen hieß:

„Es ist nicht die Absicht der Alliierten, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven. Die Alliierten wollen dem deutschen Volk die Möglichkeit geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wieder aufzubauen“.

Das Abkommen legte fest, daß Deutschland nicht zerstückelt werden, sondern als einheitliches Ganzes zu behandeln sei. Die Bildung einer deutschen Regierung, der Abschluß eines Friedensvertrages, die Aufnahme Deutschlands in die UN wurden in Aussicht gestellt. In Deutschland seien Militarismus und Nazismus auszurotten, damit Deutschland „niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann.“ („Sammlung von Urkunden“, Amtsblatt des Kontrollrates, 30. April 1946, S. 14)

Darum sollten die für Faschismus und Krieg hauptschuldigen Konzernherren und Großbankiers ebenso wie die führenden Hitler-Politiker und -Militärs bestraft werden.

Das sind die wahren Gründe, warum die noch einmal davongekommenen Stützen der Nazierrschaft und des Hitlerkrieges gegen das Potsdamer Abkommen hetzten!

Wallstreet schaltet sich ein

Das Abkommen war abgeschlossen, aber drei Unterzeichnerstaaten wurden von kapitalistischen Konzerngruppen beherrscht. Im September 1946 hielt der **USA-Außenminister Byrnes** in **Stuttgart** eine Rede, worin er erklärte, die Westmächte hätten sich vorgenommen, den Sozialismus aus Osteuropa zu vertreiben („Rollback“-Politik). Sehr aufschlußreich sind sicher solche Tatsachen:

Am 26.11.49 berichtete das „Wall Street Journal“, daß amerikanische Konzerne mindestens 500 Millionen Dollar – nach anderen Schätzungen sogar mehr als eine Milliarde Dollar – in deutschen Großbetrieben investiert hätten. 4)

Es leuchtet ein, daß unter solchen Bedingungen die US-Konzerne weder an einer völligen Klärung der Schuld der Konzerne am Faschismus und seinem Krieg, noch an der Auflösung der deutschen Monopole interessiert sein konnten! Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus.

So wundert es niemanden, wenn die Firma **Dillon Read & Co.** bei Kriegsende ihre wichtigsten Leute in den Staatsapparat delegierte: Der Aufsichtsratsvorsitzende dieser Riesenbank, **Forrestal**, wurde Kriegsminister. Der stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende dieser Großbank, **Draper jr.**, ging als „General“ nach Deutschland, in den Kontrollrat. Dort übernahm er ausgerechnet die Funktion des für die Auflösung der deutschen Konzerne Verantwortlichen! Sein britischer Kollege im Kontrollrat war **Sir Cecil Weir**. Dieser Mann war Vertreter der englischen Schiffbaukonzerne. Englands Militärgouverneur, **Sir Brian Robertson** (von der Labour-Regierung gestellt!) gehörte der Führung des britischen Gegenstücks zur deutschen IG-Farben an, der Führung der „Imperial Chemical Industries“!

Solche Leute zu bestellen, um die deutschen Konzernherren, die Verantwortlichen für den deutschen Faschismus und seinen Krieg, zu entmachten und zu bestrafen, das bedeutete wahrlich, den Bock zum Gärtner zu machen. Die Ergebnisse schilderte später ein US-Beamter namens **Nixon** in einem Verhör vor dem amerikanischen Kongreß:

„Nach monatelangen Besprechungen und Verhandlungen gibt es in Deutschland noch immer kein Gesetz zur Beseitigung der gewaltigen Konzentration wirtschaftlicher Macht in den Händen weniger Leute . . . Ich bin davon überzeugt, daß Deutschland nur dann wirtschaftlich abgerüstet werden kann, wenn seine inländischen Monopole und Industrietruste und seine ausländischen Kartellverbindungen ausgeschaltet werden. Um dieses Ziel zu erreichen, müßte unverzüglich ein umfassendes Programm in die Wege geleitet werden, mit dessen Verwirklichung allerdings nur solche Beamte betraut werden dürften, die an der Durchführung der Potsdamer Beschlüsse . . . interessiert sind – und nicht an der Erhaltung ihrer alten Geschäftsverbindungen und ihrer eigenen wirtschaftlichen Positionen.“ (W. Burchett, „Der Kalte Krieg in Deutschland“, Berlin, S. 198/9)

Das braucht nicht kommentiert zu werden! Nixon sagte dann noch, daß die Sowjetunion dieses Spiel nicht mitmache und daß darum versucht werde, die Alliierten zu spalten: „Die intensiven und unverantwortlichen Bemühungen, Uneinigkeit zwischen den vier Mächten zu stiften, lassen den Verdacht aufkommen, daß gewisse Elemente im State Department, im Foreign Office und im französischen Außenministerium darauf ausgehen, einen gegen die Sowjetunion gerichteten Westblock zu schaffen. (ebenda, S. 220)

Nach alledem wird wohl verständlich, daß **James Martin, der Leiter des amerikanischen Amtes für die deutsche Entkartellisierung**, schließlich resignierte und mit der Erklärung zurücktrat:

„Ich bin aus Protest gegen die Machenschaften der großen amerikanischen Gesellschaften in Deutschland, vor allem der **General Electric Company, der General Motors und der Standard Oil Company** zurückgetreten. Das amerikanische Volk wird von monopolistischen Gruppen geleitet, die ihre eigenen Vorstellungen darüber haben, wie Deutschland zu behandeln ist. Meine Bemühungen sind durch die interessierten amerikanischen Gruppen, die im Herzen Europas ein monopolistisch kontrolliertes Deutschland errichten wollen, zunichte gemacht worden.“

Wie die Prozesse gegen Konzernherren verhindert wurden

Es genügte natürlich nicht, die wirtschaftliche und damit politische Entmachtung der Konzerngewaltigen zu verhindern. Es war auch notwendig, ihre braunen Westen reinzuwaschen. Nicht nur, weil man befürchtete, daß bei solchen Prozessen unweigerlich die Schuld auch der amerikanischen Konzerngewaltigen zutage getreten wäre, die einst nicht nur Hitlers Wirtschaftsmacht mitfinanzierten und seine politischen Bestrebungen eines „Ostlandrittes“ wohlwollend betrachteten. Sondern vor allem darum, weil man Deutschlands wirtschaftliche und militärische Macht für einen neuen, diesmal amerikanisch geführten antikommunistischen Kreuzzug größten Ausmaßes dringend brauchte!

Also mußten die deutschen Industrieritter eingewaschen, in kürzester Frist zu „Demokraten“ oder zu „Irregeleiteten“ gemacht werden, die ihren Irrtum „eingesehen haben“. Internationale Prozesse, mit sowjetischer Beteiligung geführt, waren dazu denkbar ungeeignet. So wurden zur Beruhigung der Öffentlichkeit nur wenige Prozesse – wie der gegen Flick – durchgeführt. Dann mußte die ganze Sache möglichst schnell abgeblasen werden.

Es gibt zahlreiche Dokumente, die beweisen, daß es haargenau so geplant wurde. So sagte der **amerikanische Hauptankläger von Nürnberg, Jackson**, ganz offen, daß die amerikanischen Konzernherren diese Prozesse nicht wollten. Sie wollten ihre eigenen Beziehungen zu Hitler und ihre Versuche, den amerikanischen Kriegseintritt gegen Hitler zu verhindern, verbergen. Der für diese Prozesse vorgesehene **Hauptankläger, Pommerantz**, fuhr nach

MILITARY GOVERNMENT-GERMANY SUPREME COMMANDER'S AREA OF CONTROL PROCLAMATION No. I

TO THE PEOPLE OF GERMANY:

I, General Dwight D. Eisenhower, Supreme Commander, Allied Expeditionary Force, do hereby proclaim as follows:-

I.
The Allied Forces serving under my command have now entered Germany. We come as conquerors, but not as oppressors. In the area of Germany occupied by the forces under my command, we shall obliterate Nazism and German Militarism. We shall overthrow the Nazi rule, dissolve the Nazi Party and abolish the cruel, oppressive and discriminatory laws and institutions which the Party has created. We shall eradicate that German Militarism which has so often disrupted the peace of the world. Military and Party leaders, the Gestapo and others suspected of crimes and atrocities will be tried and, if guilty, punished as they deserve.

Supreme legislative, judicial and executive authority and powers within the occupied territory are vested in me as Supreme Commander of the Allied Forces and as Military Governor, and the Military Government is established to exercise these powers under my direction. All persons in the occupied territory will obey immediately and without question all the enactments and orders of the Military Government. Military Government Courts will be established for the punishment of offenders. Resistance to the Allied Forces will be ruthlessly stamped out. Other serious offences will be dealt with severely.

III.
All German courts and educational institutions within the occupied territory are suspended. The Volksgerichtshof, the Sondergerichte, the SS Police Courts and other special courts are deprived of authority throughout the occupied territory. Re-opening of the criminal and civil courts and educational institutions will be authorized when conditions permit.

IV.
All officials are charged with the duty of remaining at their posts until further orders, and obeying and enforcing all orders or directions of Military Government or the Allied Authorities addressed to the German Government or the German people. This applies also to officials, employees and workers of all public undertakings and utilities and to all other persons engaged in essential work.

DWIGHT D. EISENHOWER,
General,
Supreme Commander,
Allied Expeditionary Force.

MILITAERREGIERUNG-DEUTSCHLAND KONTROLLGEBIET DES OBERSTEN BEFEHLSHABERS PROKLAMATION Nr. I

AN DAS DEUTSCHE VOLK:

Ich, General Dwight D. Eisenhower, Oberster Befehlshaber der Alliierten Streitkräfte gebe hiermit Folgendes bekannt:

I.
Die Alliierten Streitkräfte, die zum ersten Oberbefehl stehen, haben jetzt deutschen Boden betreten. Wir kommen als die Sieger, jedoch nicht als Unterdrücker. In dem deutschen Gebiet, das von Streitkräften unter meinem Oberbefehl besetzt ist, werden wir den Nationalsozialismus und den deutschen Militarismus vernichten, die von der NSDAP geschaffenen Institutionen werden und, auflösen. Das deutsche Kaiserreich, das so oft den Frieden der Welt gestört hat, werden wir endgültig beseitigen. Führer der Wehrmacht und der NSDAP, Mitglieder der Gestapo sowie andere Personen, die Verbrechen und Gräueltaten begangen zu haben, werden gerichtlich verfolgt und, falls für schuldig befunden, ihrer gerechten Bestrafung übergeben.

III.
Die deutsche Justiz, Gerichte und Bildungsinstitutionen innerhalb des deutschen Gebietes werden bis auf Weiteres geschlossen. Die Volksgerichte, die Sondergerichte und die SS-Polizisten-Gerichte werden aufgehoben. Die Militärregierung ist ermächtigt, um das Gelingen aller wichtigen Angelegenheiten der deutschen Bevölkerung zu sorgen. Die Militärregierung wird ermächtigt, die öffentlichen Gerichte der Militärregierung zu schließen. Gerichte der Militärregierung werden nach dem Gesetz über die Justiz und die Verwaltung der öffentlichen Gerichte und die Verwaltung der öffentlichen Gerichte eingerichtet werden. Andere wichtige Angelegenheiten werden nach dem Gesetz über die Justiz und die Verwaltung der öffentlichen Gerichte entschieden werden.

IV.
Alle Beamten sind verpflichtet, bis auf Weiteres an ihren Posten zu verbleiben und alle Befehle und Anordnungen der Militärregierung oder der Alliierten Behörden, die sie die deutsche Regierung oder die deutsche Volk betreffen, zu befolgen und durchzuführen. Dies gilt auch für die Beamten, Arbeiter und Angestellten staatlicher Betriebe und gewerblichen Betriebe, sowie für sonstige Personen, die notwendige Tätigkeiten verrichten.

DWIGHT D. EISENHOWER
Oberster Befehlshaber
Alliierte Streitkräfte

5400 10.

Solche Proklamationen kündigten die Befreiung des deutschen Volkes von der nazistischen Gewaltherrschaft an. Wir empfehlen den ersten Absatz dieser Erklärung Eisenhowers genau zu lesen

I.

Die Alliierten Streitkräfte, die unter meinem Oberkommando stehen haben jetzt deutschen Boden betreten. Wir kommen als ein siegreiches Heer, jedoch nicht als Unterdrücker. In dem deutschen Gebiet, das von Streitkräften unter meinem Oberbefehl besetzt ist, werden wir den Nationalsozialismus und den deutschen Militarismus vernichten ... Den deutschen Militarismus, der so oft den Frieden der Welt gestört hat, werden wir endgültig beseitigen

Deutschland und kehrte, nach halbjährigem Aufenthalt, erschüttert in die Staaten zurück: Er habe **Göring, Ribbentrop, Streicher** und die anderen Nazikriegsverbrecher gesehen. Was jedoch wichtiger sei: Er habe auch die stilleren, aber gefährlicheren Kriegsverbrecher, die deutschen Konzernführer, gesehen und die dokumentarischen Beweise ihrer furchtbaren Verbrechen in den Händen gehabt. **Sie hätten den Krieg vorbereitet, Hitler die Waffen gegeben, seine Partei finanziert, Abermillionen von Menschen als Sklaven benutzt und – sobald sie ausgepumpt waren, in die Vernichtung geschickt, wie sie mit jenen Giftgasen getötet worden seien, welche die Konzerne selbst erzeugt hätten. Vieles davon sei gar nicht an die Öffentlichkeit gekommen. „Einige wenige Industrielle werden vor Gericht gestellt und möglicherweise auch verurteilt werden. Die übrigen werden straffrei ausgehen!“**

Das US-Kriegsministerium trage dazu mit Absicht bei. Es organisiere ein völliges Chaos, wähle nur unzulängliches und zahlenmäßig viel zu geringes Personal aus.

„Als ich in Nürnberg ankam – bedenken Sie, das ist der riesigste Justizkomplex der Welt – fand ich nicht ein einziges Gesetzbuch, das mir bei der Prüfung der zahlreichen verwickelten und schwierigen Anträge einer findigen Verteidigung – und die hatte Gesetzbücher – hätte helfen können. Meine eifrige Bemühung, eine Zuweisung der notwendigen Etatmittel zu erhalten, schlug fehl. So erfuhren wir einen Fehlschlag nach dem anderen – bis die anständigen, befähigten Leute in Nürnberg völlig demoralisiert und von Widerwillen erfüllt waren.

Und wer sind die Richter, die das Kriegsministerium (man erinnert sich: Forrestal, von Dillon Read & Co. war Kriegsminister!) zur Verhandlung dieser bedeutenden Fälle hinüberschickt hat? Ich verrate Ihnen ein Geheimnis, das bisher noch nicht an die Öffentlichkeit gedrungen ist: Man hat eine Sonderverfügung erlassen, die es jedem Bundesrichter in den Vereinigten Staaten verbietet, eine juristische Funktion in Nürnberg zu übernehmen. Diese Verfügung schließt automatisch die besten Kräfte der amerikanischen Justiz aus. Ich empfehle Ihnen, die Leistungen der Männer zu untersuchen, die das Kriegsministerium als Richter hinüberschickt.“ (Wheeler, ebenda, S. 131/132)

Wie sie wieder nach oben kamen

Aber hatten die westlichen Alliierten nicht, gemeinsam mit der Sowjetunion, das Kontrollratsgesetz Nr. 9 erlassen, das die **Beschlagnahme und Kontrolle der IG-Farben** festlegte? Ließen sie nicht den Ruhrkohlenbergbau, die Eisen- und Stahlkonzerne, die Großbanken, die Betriebe von **Bosch, Röchling** usw. unter Kontrolle stellen?

Durch die Beschlagnahme-Politik der Generale von Dillon Read & Co. 5), Dupont 6), General Motors 7), wurden die Konzerne so lange „kontrolliert“, bis man später den Rüstungskönigen von Rhein und Ruhr die Betriebe

be wieder zurückgeben konnte. Es handelte sich im wahrsten Sinne des Wortes um Beschlagnahmen zum Schutze der großkapitalistischen Eigentümer vor den Nationalisierungsforderungen des arbeitenden Volkes. Darum bestätigten die westlichen Beschirmer und Schützer der Herren **Krupp, Abs, Flick** usw. auch einfach die alten Konzernleitungen. Diese setzten nur ihre „normale Tätigkeit“ unter alliierter Oberkontrolle fort und wurden vor Entnazifizierungsmaßnahmen geschützt.

Mit der Bildung einer deutschen Treuhandverwaltung für die Eisen- und Stahlkonzerne im Oktober 1946 unter **Heinrich Dinkelbach**, bis dahin Direktor der Vereinigten Stahlwerke, wurde die als angebliches Ziel verkündete Liquidierung der Konzernvereinigungen der verantwortlichen Mitwirkung ihrer Interessenvertreter anvertraut!

Auf dem Lande wurden die alten Besitzverhältnisse und die **Machtpositionen des Großgrundbesitzes** nicht angetastet, obwohl auch in den Westzonen Hunderttausende Bewerber um Boden auf eine **Bodenreform** harren. In der britischen Zone blieb darüber hinaus sogar der Apparat des sogenannten Reichsnährstandes Hitlers als Instrument für die Durchführung der Landwirtschaftspolitik bestehen.

Unter diesen Bedingungen bedeutete die Überwindung des wirtschaftlichen Chaos' und der Wirtschaftsaufbau in den Westzonen zugleich die Wiederaufrichtung der 1945 gelähmten wirtschaftlichen Macht von Großkapital, Großbanken und Großgrundbesitz. Diese Entwicklung wurde durch die Wiedererrichtung von Unternehmerorganisationen und die Bildung von Wirtschaftsverwaltungen, in denen die Interessenvertreter des Konzernkapitals entscheidenden Einfluß ausübten, wirksam unterstützt. Seit Herbst 1945 gestatteten die Militärregierungen der Westmächte die Wiedererrichtung von Industrie- und Handelskammern in ihrer alten Zusammensetzung. In den Präsidien übten Vertreter der Konzerne ihren beherrschenden Einfluß aus, z.B. **Dr. Herbert Dicke** (Deutsche Bank), in Essen **Dr. Ernst Hilbert** (Gutehoffnungshütte), Direktor **Ludwig Kruse** (Deutsche Bank), Direktor **Wilhelm Unger** (Hugo Stinnes GmbH) usw. Nach dem Schema der „Organisation der gewerblichen Wirtschaft“ vom 31. Dezember 1944, also aus der Nazizeit, entstand ein System von sogenannten Wirtschaftsvereinigungen.

Diese setzten die Gepflogenheiten der im Reichsverband der Deutschen Industrie zusammengeschlossenen Unternehmerverbände fort. Sie torpedierten mit ihrer ganzen Macht alle Maßnahmen, die auf einen demokratischen Wirtschaftsaufbau in den westlichen Besatzungszonen hinielten. Die gleichzeitige Wiedegründung sogenannter Arbeitgeberverbände führte bis 1947 – trotz der Proteste von seiten der Gewerkschaften – zur Bildung zonaler Arbeitsgemeinschaften, wie der „Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber in der britischen Zone“ mit dem Multimillionär **Wilhelm Vorwerk** an der Spitze.

Das Bild rundet sich ab, wenn wir berücksichtigen, daß erst im März 1946 in der britischen Zone eine Gewerkschaftskonferenz auf zonaler Ebene

stattfinden durfte! Erst im April 1947 durften sich die drei Landesgewerkschaftsorganisationen der britischen Zone vereinigen. Ähnlich war es in der US-Zone. Als im März 1946 in Bayern Gewerkschaften erst auf örtlicher Ebene genehmigt wurden, gab es dort bereits Lizenzen für 21 Unternehmer-Verbände auf Landesebene.

Der Aufbau der wirtschaftlichen Verwaltungsämter der britischen Zone bzw. beim Länderrat der amerikanischen Zone wurde von den Militärregierungen in die Hände solcher Wirtschaftskönige wie Abraham Frowein und solcher führender Köpfe der alten Wirtschafts- und Staatsbürokratie, wie Otto Pettersen, Hans Schlange-Schöningen, Rudolf Mueller, Hermann Dittich, Gesandtschaftsrat Karl Werkmeister usw. gelegt. Ihr Personal rekrutierte sich zum überwiegenden Teil aus ehemaligen Mitarbeitern des nazistischen Reichswirtschaftsministeriums, des Amtes für Rüstung und Kriegsgüterproduktion. Kein Wunder, daß diese Ämter – durch Enthüllungen der demokratischen Kräfte – ständig von Entnazifizierungsskandalen heimgesucht wurden. Einige besonders Belastete mußten daraufhin entlassen werden, aber die Nachrückenden waren in der Regel auch nicht besser. Auch auf der Länderebene waren es nicht vorrangig neue demokratische Kräfte, die im Justiz- und Verwaltungsapparat den Ton angaben, sondern die alten „bewährten“ Reaktionäre. Im Gegensatz zu Proklamation Nr. 3 und Gesetz Nr. 4 des Alliierten Kontrollrates vom Oktober 1945 über die Demokratisierung des Gerichtswesens und des Justizapparates lag die Rechtssprechung zum weitaus überwiegenden Teil in den Händen derjenigen, die bis 1945 „Recht“ gesprochen hatten. Selbst 1948 waren – wie der damalige Innenminister von NRW, Menzel, mitteilte (Stenographische Berichte des Parlamentarischen Rates, Bd. 1. Bonn 1948/49, S. 31) – nicht weniger als 76 Prozent der Staatsanwälte und der Richter in der britischen Zone ehemalige Angehörige der NSDAP.

Im Polizeiapparat waren die Verhältnisse ähnlich. Unter diesen Umständen sah sich auch der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei veranlaßt, am 25. September 1946 kritisch festzustellen: „In Politik, Wirtschaft und Verwaltung herrschen wieder die gleichen Kräfte, die uns zu den heutigen Zuständen geführt haben.“ („Jahrbuch der SPD 1947“, S. 13)

Mit der Bildung der Bizone im Herbst 1946 - eine Maßnahme, die sich gegen die Vier-Mächte-Verwaltung in Deutschland richtete und das Ziel hatte, aus der britisch-amerikanischen Zone, der sich später die französische anschließen sollte, einen westdeutschen Teilstaat vorzubereiten, also Deutschland zu spalten! – fanden die reaktionären Verhältnisse und Strömungen, die auf eine Wiederherstellung der alten Besitz- und Machtverhältnisse hinwirkten, eine weitere Stärkung.

Dennoch ist die Wiederherstellung der alten Besitz- und Machtverhältnisse nicht allein das Werk ausländischer Kräfte. Das geschlagene deutsche Großkapital war selbst äußerst aktiv. Seine Kräfte sammelten sich in solchen Parteien wie der CDU, CSU und FDP. In Zusammenarbeit mit den westlichen Besatzungsmächten verdrängten sie Antifaschisten aus den kommunalen und Landesdienststellen, besetzten sie immer mehr führende Positio-



Für Hitler wollten sie die Welt erobern – in Reims (Frankreich) und Berlin mußten sie die bedingungslose Kapitulation unterzeichnen.

nen im neu entstehenden Staats- und Wirtschaftsapparat. Durch antikomunistische Hetze wirkten sie in der Richtung, die Arbeiterbewegung spalten zu helfen usw.

Diese reaktionären deutschen Kräfte hatten es in den westlichen Besatzungszonen – abgeschirmt und gefördert durch die Besatzungsbehörden – verstanden, sich neu zu sammeln, ihre gesellschaftlichen Positionen zu erhalten bzw. wieder auszubauen und damit eine Vorentscheidung in der bei Kriegsende offenen Frage herbeizuführen, wer die politische Macht ausüben soll. Damit verlief die Entwicklung in den westlichen Besatzungszonen in eine Richtung, die derjenigen in Ostdeutschland entgegengesetzt war. Und zwar geschah dies, das muß betont werden, in völligem Widerspruch zu den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens und den politischen Vorstellungen der Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung. Diese unterschieden sich auch im zweiten Nachkriegsjahr grundsätzlich nicht von den antifaschistisch-demokratischen Zielen der Werktätigen Ostdeutschlands.

Die Wurzel allen Übels: Die Zwietracht in der Arbeiterbewegung

Doch in den drei Westzonen waren wesentliche Voraussetzungen für die Durchsetzung dieser Forderungen nicht geschaffen worden. Die politische Reaktion, die im Verlauf des Jahres 1946 in den bürgerlichen Hauptparteien CDU/CSU und FDP die Führung an sich zu reißen vermochte, knüpfte demagogisch an die antikomunistischen Stimmungen an, die bereits vom Nazismus gezüchtet worden waren. Mit dem Antikomunismus wurden die antidemokratischen Ziele verschleiert. Von den bedeutenden wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und staatlichen Positionen aus, die sie in den Westzonen besaßen, gelang es ihnen, eine verhängnisvolle Wirksamkeit zu entwickeln. Und dennoch hätte das nicht ausgereicht, die Wiederherstellung der alten Besitz- und Machtverhältnisse zu ermöglichen. Eine einheitlich handelnde, an einem Strang ziehende Arbeiterbewegung wäre fähig gewesen, die großkapitalistischen Pläne zur Wiedererrichtung der alten Besitz- und Machtverhältnisse zu verhindern und eine demokratische Entwicklung zu erzwingen.

Warum war – und ist! – dieses einheitliche Vorgehen der Arbeiter nötig?

Nur die einheitlich wirkende Arbeiterschaft hätte für ganz Deutschland eine neue, wahrhaft friedliche und freiheitliche Politik durchsetzen können. Nur sie konnte die anderen Klassen und Schichten zum gemeinsamen Handeln gegen das Konzernkapital vereinen. Die Arbeiter verteidigen in ihrem Kampf keine Vorrechte für sich. Sie beuten niemanden aus. Sie können also Forderungen entwickeln, die das Lebensinteresse aller Volksschichten ausdrücken.

So können sie sich allen Volksschichten als vertrauenserweckende Kraft empfehlen, der die Zukunft gehört. Aber dazu dürfen sie nicht ein Bild der Zwietracht bieten, sondern müssen gemeinsam handeln, um so andere

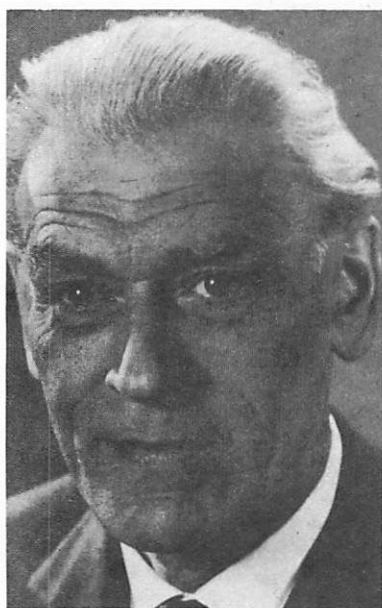
Die führenden Politiker der Westzonen nach Kriegsende



Kurt Schumacher



Theodor Heuss



Max Reimann



Konrad Adenauer

Volksschichten als kraftvoller Magnet an sich ziehen, die Kraftlinien zerreißen zu können, die das Großkapital mit bestimmten, rückständigen Volksschichten verbindet. Das Großkapital ist nur so zu überwinden.

Aber dieses gemeinsame Vorgehen der Arbeiterorganisationen kam nicht zustande. Die KPD und zahlreiche SPD-Organisationen hatten sich zwar dafür ausgesprochen. Mit vollem Recht stellt der sozialdemokratische Partei-Historiker Albrecht Kaden fest:

„Die Schockwirkung der Niederlage von 1933, die gemeinsam erlittene Verfolgung, der gemeinsam geführte Widerstand ließen bei Kommunisten und Sozialdemokraten das Verständnis für die einstigen gegenseitigen Vorwürfe schwinden, so daß 1945 die Notwendigkeit der Arbeitereinheit kaum in Frage stand. Es mußte die einheitliche Organisation der Arbeiterklasse aufgebaut werden – eine Organisation, die keine Richtungskämpfe mehr kannte, die über das Trennende der Vergangenheit die Gemeinsamkeit der zukünftigen Aufgabe stellte: die Einheitspartei aller Sozialisten als Bollwerk für die Demokratisierung Nicht nur in der sowjetischen Besatzungszone, sondern auch in den Westzonen regte sich unter den sozialdemokratischen Funktionären der Wille, das Gegenüber von Sozialdemokraten und Kommunisten, wie es sich vor 1933 entwickelt hatte, für die Zukunft auszuschließen.“ (A. Kaden, „Entscheidung in Wennigsen. Die Wiedegründung der SPD 1945 und die ‚Einheit der Arbeiterklasse‘ ” in „Die neue Gesellschaft“, 1960, Heft 6, S. 485/6)

Wo das gemeinsame Handeln sich anbahnte, wurde es im Ansatz unterbunden.

Es kam anders, nicht weil die Arbeiter, die Gewerkschafter, die Parteimitglieder der SPD und KPD das wollten. Die westlichen Besatzungsmächte, die alten deutschen gesellschaftlichen Kräfte von Besitz und Macht taten, was in ihren Kräften stand, um die Arbeitervereinigung zu hintertreiben. Sie stützten sich auf die antikommunistische Einstellung des sozialdemokratischen Führungskreises um Kurt Schumacher. Geschickt nutzten sie die daraus entspringende Bereitschaft aus, bei der Bildung eines antikommunistischen Blockes mitzuwirken. So gelang es, das Zusammenwirken der Arbeiterorganisationen abzubauen, das sich unmittelbar nach Kriegsende in breitem Maße entwickelt hatte. Die alten Auseinandersetzungen wurden wieder belebt.

Es war richtig, was Beschlüsse von SPD-Parteitagern damals über die Schuld des deutschen Großkapitals an Faschismus und Krieg feststellten. Es stimmte, was darin über Wiedererstehen der Macht der schlimmsten Schuldigen an der Katastrophe von 1933 bis 1945 gesagt wurde. Aber es genügt nicht, Entwicklungen richtig einzuschätzen, man muß auch Wege weisen, wie dem zu begegnen ist. Die genannten SPD-Beschlüsse zeigten die Größe der Gefahr, aber sie enthielten keine Vorschläge darüber, wie man sie abwenden könne. Die entscheidende Schlußfolgerung aus dem Sieg der Nazis wurde umgangen: Da dieser Sieg nur infolge des Bruderkampfes der

Arbeiterparteien möglich war, erfordert es die Verteidigung der Demokratie und des Friedens, daß die Arbeiterbewegung einheitlich vorgeht. Der gemeinsamen Front des Großkapitals hätte die gemeinsame Arbeiterfront begegnen müssen. So wäre das Großkapital isoliert und geschlagen worden. Dies geschah nicht. Die Ergebnisse einer solchen falschen Politik finden wir in der Einleitung des DGB-Grundsatzprogramms festgehalten: „Die Entwicklung . . . hat zu einer Wiederherstellung alter Besitz- und Machtverhältnisse geführt.“

Der Schlußabschnitt der Restauration

Mit der Entfesselung des kalten Krieges im Frühjahr 1947 setzte sich endgültig ein scharfer antisowjetischer Kurs bei den Westmächten durch. Damit wurde zugleich ein neuer Abschnitt bei der Wiederherstellung der alten Machtverhältnisse in den drei Westzonen und ihrer Zusammenfassung zu einem einheitlichen Staat eingeleitet.

Diese Tatsache kam vor allem in der Bildung des **bizonalen Wirtschaftsrates** vom 25. Juni 1947, in der Übernahme seiner Exekutivfunktion durch die CDU sowie in der von ihm verfolgten wirtschaftspolitischen Linie und in der Erörterung über die Verfassung eines aus den drei Westzonen zu bildenden deutschen Teilstaates deutlich zum Ausdruck.

Der Parteivorstand der SPD sah sich veranlaßt, dazu festzustellen: „Im Laufe der ersten 8 Monate der Tätigkeit des Wirtschaftsrates schälte sich diese Konzeption immer klarer heraus. In allen entscheidenden Fragen der Wirtschaftspolitik vertrat die CDU die Linie der kapitalistischen Restauration . . .“ (SPD-Jahrbuch 1947, S. 13 f)

Mit der **Währungsreform** für die drei Westzonen trat die Wiedererrichtung der großkapitalistischen, der alten Besitz- und Machtverhältnisse im Juni 1948 – zusammen mit den Vorbereitungen zur Bildung der Bundesrepublik – in ihr abschließendes Stadium. Während die Währungsreform das Guthaben der Bevölkerung im Verhältnis 100 RM : 6,50 DM abwertete, konnten die Monopole ihr Aktienkapital im Verhältnis 1 RM : 1 DM oder sogar 1 : 3 und höher umstellen. Sie sicherten damit ihre Kriegs- und Nachkriegsprofite und eigneten sich die Früchte des entbehrungsreichen Wiederaufbaus der westdeutschen Wirtschaft durch die Werktätigen an.

Nachdem die alte wirtschaftliche Macht, die alten gesellschaftlichen Klassenverhältnisse bis 1948/49 im wesentlichen wiederhergestellt worden waren, schufen sich die Kräfte der Vergangenheit schließlich im September 1949 in Gestalt der Bundesrepublik Deutschland erneut einen zentralisierten staatlichen Machtapparat.

Damit war die Phase, in der die Weichen der Nachkriegsentwicklung der Bundesrepublik gestellt wurden, abgeschlossen. Die Kräfte der großkapitalistischen Restauration hatten mit Unterstützung der westlichen Besatzungsmächte die Grundlagen ihrer Macht gesichert. Das Gift des Antikom-

munismus erwies sich wie in früheren Perioden der deutschen Geschichte als ihre wirksamste Waffe. Die Spaltung der Arbeiterbewegung und die Uneinigkeit der demokratischen Kräfte verhinderte die Durchführung grundlegender antifaschistisch-demokratischer Reformen in den damaligen drei Westzonen, der späteren Bundesrepublik Deutschland.

Anhang

- 1) Unter ihnen waren Krupp, vier leitende Herren der IG Farben, Voegler von den Vereinigten Stahlwerken u.a.
- 2) Damals war Hitler erst Reichskanzler einer Koalitionsregierung seiner Partei – der NSDAP – und anderer rechtsradikaler Kräfte, die in der Deutschnationalen Volkspartei vereinigt waren.
- 3) Auf dem Hamburger CDU-Parteitag des Jahres 1961 erklärte der damalige stellvertretende CDU-Vorsitzende und Ministerpräsident von NRW, Meyers: „Die Ahlener Grundsätze waren nur zeitbedingt. Sie ergaben sich aus der Notwendigkeit, die Sozialisierung zu verhindern.“ (Deutsche Volkszeitung vom 19. Mai 1961)
- 4) Allein die Riesenbank Dillon Read & Co. hatte nach 1918 mehr als eine Milliarde Mark nach Deutschland fließen lassen und sich dabei eben jenes Herrn Abs bedient, den verantwortliche amerikanische Stellen zwar einen der deutschen Hauptkriegsverbrecher genannt haben, der aber von der amerikanischen Militärregierung wieder in seine Machtstellung gebracht worden ist.
- 5) Führende amerikanische Bank
- 6) Führender amerikanischer Chemiekonzern
- 7) Führender amerikanischer Automobilkonzern

Textausgaben zur frühen sozialistischen Literatur in Deutschland

Die Bände dieser Reihe vermitteln Kenntnisse über ein Gebiet deutscher Literaturentwicklung, das noch fast völlig unerforscht ist und dessen nur schwer zugängliche Quellen nicht oder kaum bekannt sind. Es handelt sich um die Herausgabe von lyrischen, epischen und dramatischen Dichtungen, die den Kampf der deutschen Arbeiterbewegung etwa von der Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und von der Zeit der Pariser Kommune an bis zur Großen Sozialistischen Oktoberrevolution unterstützten oder begleiteten.

Die Schöpfer der frühen sozialistischen Literatur sind vielfach Dichter von Rang, denen die herkömmliche Literaturgeschichtsschreibung bewußt die Anerkennung versagte.

Der Apparat bringt ausführliche bibliographische Angaben sowie Kommentare und Anmerkungen, soweit sie für das Verständnis notwendig erscheinen.

Bisher liegen vor:

Minna Kautsky — Auswahl aus Ihrem Werk

187 Seiten, DM 19,50

Rudolf Lavant — Gedichte

161 Seiten, DM 17,50

Aus dem Schaffen früher sozialistischer Schriftstellerinnen

Herausgegeben von Cäcilia Friedrich

236 Seiten, DM 12,50

Weitere Veröffentlichung aus unserem Verlagsprogramm

Die USA und Westeuropa

Ihre ökonomischen Beziehungen nach dem zweiten Weltkrieg

Von A. W. Kirsanow (Aus dem Russischen)

297 Seiten, 25 Tabellen, Leinen, DM 12,—

Bestellungen einzelner Bände oder zur Fortsetzung durch eine Buchhandlung erbeten



AKADEMIE-VERLAG — BERLIN

108 Berlin, Leipziger Straße 3—4

Deutsche Demokratische Republik

Auslieferung für die Bundesrepublik KUNST UND WISSEN.

Erich Bieber, 7 Stuttgart, Wilhelmstraße 4-6

Der Verlag gibt Interessenten bei Bekanntgabe der Fachgebiete und der Anschrift unverbindlich Informationen über lieferbare und kommende Veröffentlichungen.

Reihe: Sozialistische Klassiker

- K. Marx:** Kritik des Gothaer Programms
F. Engels: Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie
F. Engels: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft
F. Engels: Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates
W.I. Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus
W.I. Lenin: Staat und Revolution
W.I. Lenin: Marx / Engels / Marxismus
W.I. Lenin: Was tun?
W.I. Lenin/
K.Liebknecht: Militarismus – Antimilitarismus

Reihe: Marxismus aktuell

- H. Schäfer:** Lohn, Preis und Profit heute
W. Schellenberg: Wie lese ich das Kapital?
F. Schuster: Die September-Streiks. Auf den Arbeiter kommt es an!
Autorenkollektiv: Lenin und die Arbeiterbewegung heute
F. Krause: Arbeitereinheit rettet die Republik (Kapp-Putsch 1920)
Autorenkollektiv: Spätkapitalismus ohne Perspektive
Heiseler/
Schleifstein: Lenin über Trotzki
L. Salini: Frankreichs Arbeiter – Mai 1968
Heiseler/Schleifstein/Die „Frankfurter Schule“ im Lichte des
Steigerwald: Marxismus
W. Hollitscher: Aggression im Menschenbild
M. Conforth: Marxistische Wissenschaft – Antimarxistisches Dogma
H. Adamo: Antileninismus in der BRD
Autorenkollektiv: Leninismus und die Gegenwart
Scheringer/Sprenger: Arbeiter und Bauern gegen Bosse und Banken
Bartel u.a.: Revolutionäre Sozialdemokratie und Reichsgründung 1871
F. Krause: Antimilitaristische Opposition in der BRD (1949-55)



VERLAG
MARXISTISCHE BLÄTTER GmbH
6 Frankfurt/Main, Meisengasse 11